



## Lage in Deutschland beginnt sich zu klären

### Konservative Sozialisten scheinen trotz der Wählerereien Liebknechts und seiner Genossen das Heft in Händen zu haben

### Die Wahlen zur Konstituente am 2. Februar

London, 28. Nov. (Von Ed. S. Keen, Korrespondent der United Press.)—Das politische Pendel in Deutschland, das sich zwischen dem konservativen Sozialismus und dem Bolschewismus bewegt, scheint sich gegenwärtig in der Mitte zu halten. Somit ergibt sich, daß eine vereinigte Regierung zustande kommen wird, mit welcher die Alliierten möglicherweise Friedensverhandlungen pflegen können. Diese Lage ist wesentlich durch das Verhalten Kurt Eisners, Präsident der bayerischen Republik, geschaffen worden. Dieser gab den Delegaten auf der Konferenz zu Berlin deutlich zu verstehen, daß Bayern und andere deutsche Staaten weder die alte Regierung noch eine Diktatur der Bolschewiki dulden würden.

Die Sozialdemokraten unter Philipp Scheidemann und die unabhängigen Sozialisten unter Dr. Saase, wenn auch beide Teilnehmer an der sozialistischen Koalition, sind nach wie vor rivalisierend; einer verdächtigt den anderen. Die unabhängigen Sozialisten glauben, daß die Sozialisten, die der Revolution opponieren, immer noch von der alten Regierung dominiert werden. Die Sozialisten beschuldigen die Unabhängigen des Bolschewismus. Letzteres wird von den Führern der Unabhängigen abgewiesen.

Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß man mit Karl Liebknechts Spartacus Gruppe rechnen muß. Da diese unter der Hand arbeitet, weiß man nicht, wie stark deren Wirkung ist. Man muß sich nach wie vor in der Industriezentren der Umgebung Liebknechts, findet aber in der Armee keine Freunde. Viele Soldatenvereinigungen haben beschlossen, die gegenwärtige Regierung zu unterstützen. Und hierin liegt Grund zur Annahme, daß die Deutschen mit ihrer natürlichen Neigung zur Organisation und Disziplin, nicht in die Fußstapfen Russlands treten werden.

Berlin, 28. Nov.—Auf der hier stattgefundenen Bundeskonferenz wurden folgende Resolutionen angenommen: Es ist eine absolute Notwendigkeit, daß alle deutschen Stämme einheitslich für die deutsche Einigkeit eintreten und alle separatistischen Bewegungen bekämpfen.

Der Vorschlag, eine Nationalversammlung einzuberufen, findet allgemeinen Beifall.

Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung werden die Arbeiter- und Soldatenräte den Willen des Volkes vertreten. Die Administration des Reiches ist aufgefordert, für das schnelle Zustandekommen eines Präliminärfriedens zu sorgen.

Dr. August Mueller, Arbeitsminister, warnte gegen unautorisierte Eingriffe in das Geld- und Kredit-System, indem man das Regierungssystem kompliziere. Hiergegen wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Es ist absolut nötig, daß Banken und andere Kreditinstitute in derselben Form und auf derselben Basis arbeiten, wie bisher, um Deutschlands wirtschaftliche Verhältnisse aufrecht zu erhalten, für das Land Provisionen und Rohmaterial zu erhalten und im Auslande für die deutsche Republik Kredit zu erlangen.“

Unter den Sprechern befanden sich Kurt Eisner, Führer der Revolutionäre in München, der davor warnte, zu verhandeln, einen rein sozialistischen Staat zu schaffen, so lange nicht die Ruhe und Ordnung hergestellt ist. Er sagte, das Ministerium des Äußeren müsse einen Stab von Männern haben, deren Vertrauen unantastbar ist, und daß ein Präsident erwählt werden müsse, damit Deutschland im allgemeinen in der Lage ist, mit den Ententemächten zu verhandeln.

Philipp Scheidemann, der kürzlich als Finanzminister resignierte, erklärte, daß es unmöglich sei, einen sozialistischen Staat zu errichten, so lange Unordnung, wie gegenwärtig, herrsche. Er opponierte einem Nationalparlament, wie es für längere Zeit aus Soldaten- und Arbeiter-

Räten bestehen würde.

Dr. Mueller erklärte, daß, sollten die gegenwärtigen getroffenen Zustände anhalten, der deutsche Staat finanziell zusammenbrechen würde.

Finanzminister Schäfer entwickelte ein umfangreiches Finanzprogramm, in welchem scharfe Maßnahmen gegen Besteuerung, Petrus und Profitier ergriffen werden.

London, 28. Nov.—Der Minister des Äußeren, Dr. Solf, hat die Alliierten nochmals um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen ersucht. Er bringt darauf, daß die Auslieferung des Rohmaterials bis zum 1. Februar verschoben werde, da wegen der schlechten Verfassung der Bahnhöfe und wegen Mangel an Schmieröl der Bahndienst im Argen liege.

Amsterdam, 28. Nov.—Einer Berliner Depesche vom 26. November zufolge ist General von der Marwitz, ehemaliger Fliegeroberst und Kommandant des Kavallerie, an der Spitze eines großen Heeres in Drier eingetroffen. Es hat den Anschein, als ob er Vorbereitungen zu einer Gegenrevolution treffe, Marwitz befehligt an der Verdun Front.

Berlin, über London, 28. Nov.—Vertreter aller Arbeiter- und Soldatenräte werden am 12. Dezember in Berlin eine Konferenz abhalten.

Wahgebende Kreise in Berlin, schreibt die „Vossische Zeitung“, glauben, daß die gegenwärtige Regierung in Bezug auf die Auslieferung der gegenwärtigen Salbung der amerikanischen Regierung und der Entente den gleichen Fehler begeht, wie das alte Regim, das Präsident Wilson's Will, daß der Kaiser gegen die militärische nicht verstanden kam.

Einen Hinweis, daß die Alliierten sich weigern mit einer Regierung zu verhandeln, die nicht das ganze deutsche Volk vertritt, habe Admiral Voith geliefert, der sich offenbar auf Veranlassung seiner Regierung weigerte, die Vertreter des Soldaten- und Arbeiterrats zu empfangen, um Arrangements für die Uebergabe der Flotte zu treffen.

Es sei augenscheinlich, fügt die Zeitung hinzu, daß der Rohmaterial nicht abgeholt werde, so lange nicht ein fester Grund für eine demokratische Regierung gelegt werde.

Amsterdam, 28. Nov.—Die „Morgensburger Abendzeitung“ gibt der bairischen provisorischen Regierung den Rat, gegen die Berliner Radikalen einen positiven Stand einzunehmen und den noch bestehenden Terroristen mit dem Aufruf Bayerns und anderer Mitteldeutscher Staaten zu drohen, wenn sie nicht eine andere Politik einschlagen. Die Opposition des Soldaten- und Arbeiterrats gegen eine demokratische Republik sei nicht nur das Signal für den Bürgerkrieg, sondern werde auch den Abbruch der Friedensverhandlungen und den Einmarsch der Ententetruppen in Deutschland zur Folge haben.

„Ganz Deutschland“, fährt die Zeitung fort, „muß sich von der Berliner Blut- und Säureregierung loslösen und der Welt beweisen, daß es Präsident Wilson's Ultimatum: „Kein Frieden mit Kautskiel“ beibehält.“

Berlin, 28. Nov.—Der Soldatenrat zu Wuppertal hat an den denjenigen zu Kiel eine drahtlose Depesche geschickt, in welcher es heißt, daß er die gegenwärtige Regierung unterstützen und gegen die Minorität scharfe Maßnahmen ergreifen wird, weil deren Vorgehen eine große Gefahr für die Revolution und den Bestand des Reiches bilde.

Wahlen am 2. Februar.

Berlin, 28. Nov.—Die deutsche Regierung und die Vertreter der verschiedenen Staaten haben auf einer Konferenz eine Vorlage zwecks Wahlen für eine Nationalversammlung ausgearbeitet. Dieselben werden am 2. Februar stattfinden.

Athen ehrt Wilson.

Athen, 28. Nov.—Die Universität zu Athen hat beschlossen, Präsident Wilson zum Ehrendoktor zu ernennen.

## Zum Danktagstag

„Gott ist uns wahrlich gnädig gewesen. Wir haben alle Ursache für solche Freude, die in uns allen die besten Traditionen unserer nationalen Geschichte neu belebt und stärkt. Ein neuer Tag ist über uns aufgegangen, an dem unsere Herzen neuen Mut fassen und in neuer Hoffnung neuen und größeren Pflichten entgegensehen.“

„Indem wir hierfür Dank sagen, laßt uns nicht vergessen die göttliche Führung in der Durchführung dieser Pflichten zu suchen und göttliche Gnade und Vergebung für alle Irrtümer der Tat oder des Gedankens zu erbeten, und zu beten, daß wir in allen unseren Taten die Bande der Freundschaft und gegenseitiger Achtung fester machen, die uns nötig sind, um den neuen Frieden und die Liebe unter den Nationen aufzubauen.“

WOODROW WILSON

## In Wien herrscht großer Notstand

Wien, über London, 28. Nov.—Große Schwierigkeiten stehen der Umwandlung vom Kriegs- zum Friedenszustand im Wege. Munitionsfabriken sind geschlossen, wofür hunderttausende von Männern und Frauen außer Arbeit kamen, die in Folge des herrschenden Kohlenmangels wenig Aussicht haben, andere Beschäftigung zu finden. Kaltes Wetter mit Schneefällen hat bereits in Wien eingekehrt. In den Straßen herrscht reges Leben, Theater und Oper sind geöffnet, aber gut gekleidete Menschen gehen oder benützen die Straßenbahn, da eine Fahrt mit dem Fiaker zwei bis drei Dollars kostet. Die glänzende Oberfläche verhält sich das unglückliche Elend in den ärmeren Stadtvierteln, die von dem beständigen Schrei nach Brot widerhallen, denn jede Person erhält nur einen halben Loib pro Woche. Die geradezu fantastischen Preise sind wahrscheinlich die höchsten in Europa. Eine Bluse kostet \$100, Strümpfe \$5 und ein Angus \$150. Auch die Profittmacher hat es nicht verschont. Die Papierwollfabrik zur Herstellung von Mänteln und Fremdenkleidern ist zusammengebrochen. Das Material, das seiner Zeit zu \$6 per Yard verkauft wurde, ist jetzt zu irgend einem Preise feil. Niemand macht verzierte Anfertigungen, um Lebensmittel und Kohlen zu bekommen, welche die Arbeiter zu liefern sich bereit erklärt haben sollen, vorausgesetzt, man geht ihnen den weitläufigen deutsch-jüdischen, an Vahren grenzenden Teil Böhmens zu. Auch amerikanische Großhändler sollen Lieferungsverträge gemacht haben, aber die Korbweberarbeiten langsam und unsicher. Den während des Krieges bankrott gewordenen Geschäftleuten ist es unmöglich, ihre Geschäfte wieder zu eröffnen.

## Japanische Ansprüche nach dem Frieden

Japan sucht anglo-amerikanischen Beistand für angehinderte Entfaltung im Ozean.

Washington, 28. Nov.—General Anon Shibata ist hier in einer wichtigen Mission, für sein Land die Hilfe der anglo-amerikanischen Nationen für eine ungehinderte weitere Entfaltung im Ozean zu sichern. Der General ist offenbar ein großer Gegner aller geheimen Diplomatie, denn er sprach sich sehr offen aus. Nach seiner Ansicht kann es nicht als imperialistisch angesehen werden, wenn Japan, dessen Ueberbevölkerung weltbekannt ist, den Ueberfluß seiner Bevölkerung auf das benachbarte Festland Asiens zu leiten sich bemüht.

Japan lagte er, verlangt:

1. Anerkennung japanischer Handelsrechte in Sibirien, China und dem Reize des Orients.
2. Abschaffung der Gesetze in Amerika, die gegen die Japaner als Bewohner eine Unterdrückung machen.
3. Größere politische Freiheit daheim.

Shibata betonte besonders, daß alle Ursachen, die bisher zu Mißverständnissen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten Anlaß gegeben hätten, eliminiert werden müßten.

Er führte aus, unter anderem, daß Japan nicht abgesehen sein würde, benachbarte Teile Sibiriens sich anzueignen, um die Entdeckung dieser Landestücke zu beschleunigen und Raum für die Ueberbevölkerung des Hauptlandes zu schaffen. Falls nötig, würde Japan das Land auch käuflich erwerben.

## Pläne für permanente Luftschiff-Stationen

Washington, 28. Nov.—Admiral Taylor und Kapitän Steele von der Marine-Abteilung unterbreiteten heute dem Komitee für Marine- Angelegenheiten im Kongress Pläne für die permanente Stationierung von 21 Küsten- Luftstationen. Die Pläne enthielten ferner Vorschläge für die Konstruktion von Luftschiffen aller Art, auch einer neuen Art von Dreideckern, die auf 150 Meilen pro Stunde ausprobiert worden sind und für Anlauf von Hunderten von Luftballons.

Der neue Dreidecker ist bekannt als Airkon, ist von der Marine seit August einer durchgehenden Ausprobierung unterworfen worden und soll der schnellste der Welt sein. Er ist ein Produkt der Curtis-Werke.

Taylor und Steele beabsichtigten den Gebrauch von Luftballons befähigter Mann. Sie sollen für die Küstenverteidigung von großem Werte sein. Steele berichtete, er habe es aus sicherer Quelle, daß ein deutscher Luftballon von Bulgarien nach Deutsch- Ostafrika und zurück geflogen sei.

Die Stationen für die Küste sollen sein: Boston, New York, Charleston, Wash., Natranganstet Van, Rodman Point, N. Y., Cape May, N. J., Samsant Roads, Brunswick, Gg., Miami, Fla., Key West, Galveston, die Kanal Zone, St. Thomas, D. W. I., Fort Arthur, Tex., San Francisco, Genard, Alaska, 2 in Hawaii, Guam, Cobito, P. I., und eine zwischen Portland und Madland, Maine.

## Siebenbürgen erklärt sich unabhängig

Paris, 28. Nov.—Rumänisch Siebenbürgen hat sich von Ungarn losgelöst und der ungarischen Regierung ein Ultimatum übermittelt, in welchem verlangt wird, daß alle politischen, administrativen und Justiz-Departements in Gebieten, die von Rumänen besetzt werden, an Siebenbürgen übertragen werden. Ungarn hat sich geweigert, dieser Anforderung nachzukommen und die nationale rumänische Regierung hat die Beziehungen abgebrochen, erklärend, daß alle Folgen, die hieraus entstehen, auf den ungarischen Nationalrat zurückzufallen. So meldet der Matin.

## Kontrolle der Kohlenländereien

Washington, 28. Nov.—Besitzum und Kontrolle der Kohlenländereien seitens der Regierung ist sehr wesentlich zur Verhütung der Profitgier und des Kohlenmangels, erklärte William Wilhelm von Potsdam, Pa., vor dem Ausschuss für Fabriken im Senat, der die Kohlenlage zu unterziehen hat.

Wilhelm befürwortet den Erlaß von drei Gesetzen, um den Uebel zu steuern, das durch den Besitz der Kohlenminen seitens der Bahngesellschaften verursacht wird. Die Gesetzesvorschläge sind folgende:

1. Keiner Eisenbahngesellschaft, die Kohlenländereien besitzt, soll Kohlen verladen, wenn sie nicht unabhängigen Kapitalen gestattet, die Kohlenminen zu entwickeln.
2. Verband von Kohlen ist nicht gestattet, wenn für den Betrieb mehr als 50 Cents per Tonne Royalty bezahlt wird.
3. Ein gewisser Prozentsatz alles Kohlenlandes soll unter dem Rechte der „United States“ von der Regierung in Besitz genommen werden.

Wilhelm erklärte, daß in erster Linie die Kohlen- Eisenbahnen darauf bedacht sind, so viel Geld wie möglich für so wenig Kohlen wie möglich herauszuschlagen. Er erklärte, daß die Regierung der Ausbeute den Markt kontrolliert und den Preis in die Höhe treibt.

## Ex-Premier Painleve an die Ver. Staaten

Paris, 28. November.—Paul Painleve, der frühere Premier Frankreichs, gab heute der United Press die folgende Danktagstag-Botschaft für das amerikanische Volk:

„Amerikanische Feiertage werden in Zukunft auch französische Feiertage sein. Mit ganzem Herzen nehmen wir an der Feier des Danktagstages teil.“

„Die Ver. Staaten nahmen, ohne dazu gezwungen zu sein und ohne daß ihre Interessen involviert waren, an dem großen Kriege, der Europa mit Blut bedeckte, teil. Sie waren das Gewicht des ganzen westlichen Erdteiles in die Waagschale und die Entschädigung schenkte nach der rechten Seite.“

„November 1918 eröffnet eine neue Ära von Gerechtigkeit und verbindet über den Ozean hinweg, solche, die in ihrem Namen gelitten und überwunden haben.“

## Danktagstag der Flotte

London, 28. Nov.—Die britische Admiralität hat jeder Flotten Station Befehl erteilt, die Mannschaften der amerikanischen Schiffe die daselbst stationiert sind, am Danktagstag zur Feier des Tages einzuladen. Fünf britische Schlachtschiffe geben den fünf amerikanischen Dreadnoughts einen festlichen Empfang.

In London wird in Albert Hall ein Festmahl zu Ehren der amerikanischen Matrosen stattfinden. Spezieller Gottesdienst wird in den Kirchen stattfinden, an dem sich die Boten der alliierten Mächte beteiligen werden.

## 2,500,000 Kronen für Ex-Kaiser Karl

Genf, 28. Nov.—Wiener Zeitungen zufolge herrscht in Oesterreich Entrüstung, weil der Ex-Kaiser Karl immer noch Gehalt als oberster Kriegsherr der österreichischen Armee bezieht. Kürzlich soll er 2,500,000 Kronen rückständiges Gehalt bezogen haben.

## 114 U-Boote den Alliierten ausgeliefert

Narwich, England, 28. Nov.—Seitern wurden weitere 27 U-Boote den Alliierten übergeben. Somit sind bis jetzt 114 deutsche U-Boote ausgeliefert worden.

Aufhebung der Zensur.

Washington, 28. Nov.—Auf veranlassung des Präsidenten Wilson wurde bekannt gemacht, daß die alliierten Mächte übereingekommen sind, die Zensur auf alle Berichte, die von amerikanischen Korrespondenten über die Friedenskonferenz nach Hause gelangt werden, aufzuheben.

Luftschiffe für den Postdienst.

New York, 28. Nov.—Hunderte von militärischen Luftschiffen sind von dem Kriegsamt, nach Aussehen des Direktors des Ver. Staaten Postdienstes in der Luft, Kapitän Benjamin V. Kibner, dem Postdepartement überwiesen worden.

## Präsident Wilson soll Deutschland besuchen

### Englisch wird wahrscheinlich die offizielle Sprache auf der Friedenskonferenz sein; Protokoll in französisch und englisch

### Nachrichten über Konferenz kommen ungenügend

Kopenhagen, 28. Nov.—Der Berliner Lokal-Anzeiger meldet, daß die deutsche Regierung den Präsidenten Wilson einladen wird, Deutschland zu besuchen. (Die Pässe lauten auf England, Frankreich und Italien. — Ann. der United Press.)

London, 28. Nov.—Britische Regierungsbeamte bestätigen die Unterzeichnung des Friedensprotokolls innerhalb von drei Monaten, damit die Demobilisierung vor sich gehen und die Rekonstruktionsarbeit beginnen kann. So meldet heute die Evening News.

Paris, 28. Nov.—Die Frage, welcher Landessprache man sich bei den Friedensverhandlungen bedienen wird, ist kürzlich in hiesigen diplomatischen Kreisen vielfach aufs Tapet gekommen. Möglich, daß die Verhandlungen in englischer Sprache geführt werden. Es würde dieses das erste Mal in der Geschichte sein, daß auf einem internationalen Kongress die Verhandlungen in englischer Sprache geführt würden. Bisher wurde in allen derartigen Fällen französisch gesprochen. Aus praktischen Gründen wäre es angebracht, sich der englischen Sprache zu bedienen; fast jeder Diplomat versteht englisch; dieses ging aus der interalliierten Konferenz hervor. Tatsache ist, daß das tägliche Protokoll der Friedenskonferenz sowohl in französischer als auch in englischer Sprache abgefaßt werden wird.

Das Echo de Paris meldet: Die Präliminarien der Friedensverhandlungen beginnen etwa am 1. Januar, und das wirkliche Friedensprotokoll wird wohl Ende Februar unterzeichnet werden.

## Danktagstag mit den Truppen

Mit dem Rheinmarschierenden Amerikanern, 28. Nov. (Von Bobb Miller, United Press.)—Zwei und eine halbe Million Amerikaner, in Frankreich und Belgien, Luxemburg und Deutsch-Lothringen feiern heute einen Danktagstag, wie er seit den Anfängen unserer Nation nicht enger und herzlicher begangen worden ist.

In Tausenden von Camps, von der deutschen bis zur spanischen Grenze, gab's heute Gottesdienste, Festmahler und Spiele. Die Truppen in der Frontlinie, die Flüsse Mosel und Saar entlang, hatten einen Hausrat in ihrem Vorratshaus nach Frankreich.

Viele hatten keinen „Turken“ und keine „Fingies“, aber Heilsarmee und rote Kreuz-Damen waren da mit Bier und Doughnuts und die Quartiermestres sandten Extra-Portionen.

Die Disziplin war nicht so streng heute. Auch die Reute, bei denen die Truppen im Quartier lagen, machten den Tag zu einem Feiertage.

## Londoner Blätter über deutsche Revolution

London, 28. Nov.—Seltene Zeitungen bringen an hervorragender Stelle die neuesten Londoner Nachrichten über die Einigung zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und der Regierung; sie betrachten dieselbe als eine Entwicklung von der größten Wichtigkeit und als gleichbedeutend mit dem Sturz der Oberösterreichischen Kombinations-Regierung und der Annahme—wenigstens im theoretischen Sinne—des bestehenden russischen Systems. Sie geben zu, daß die deutschen Soldaten- und Arbeiterräte noch nicht die Extravaganzen entwickelt haben, welche zur Verletzung und Anarchie in Rußland führten, und daß die Mäite nicht dem Bolschewiki-Element beherrscht werden.

Die Londoner „Daily Mail“ legt nahe, daß der neueste Beschluß nur ein Teil eines großen Verblüffungs-Spiels sei, welches die Alliierten überlegen solle, daß das alte Deutschland erstorben sei.

## Spezielle Feier in Breslau

Paris, 28. Nov.—Der Bischof von Breslau wird einen speziellen Danktagstag-Gottesdienst für das Große Hauptquartier vorbereiten, an dem auch General Pershing und sein Stab teilnehmen werden.

Alle Käufer in Paris stehen heute den Amerikanern offen. Extra Nachschub und Unterhaltung sind in den amerikanischen Hospitälern vorgesehen.

## Resignationen von Stabsoffizieren werden angenommen

Washington, 28. Nov.—Falls der vorgelegte Offizier es befürwortet, will das Kriegsamt Abschiedsgelübde von Stabsoffizieren nun annehmen. Bisher war die Annahme absolut zurückgewiesen worden.

## Kanjas' neuer Gouverneur kehrt von Frankreich zurück

New York, 28. Nov.—Der neu erwählte Gouverneur von Kanjas, Henry F. Allen, kehrte gestern von Frankreich auf dem französischen Dampfer L'Espagne zurück. Er war seit 18 Monaten mit der J. M. C. A. in Frankreich tätig gewesen.

## Regierungsausgaben im November

Washington, 28. Nov.—Schatzminister Mellon machte gestern bekannt, daß sich die Ausgaben der Regierung im November auf zwei Milliarden Dollars belaufen werden. Dadurch ist ein neuer Rekord geschaffen worden.